

«Wenn ich jung wäre, würde ich auswandern»

Henryk M. Broder hält den Antisemitismus für eine europäische Psychose – Geri Müllers Wahl findet er peinlich

Von Hansjörg Müller

Basel. Nur selten hat die Wahl eines Stadtpräsidenten so viel internationale Aufmerksamkeit erregt: Am 3. März wurde Geri Müller zum Stadtammann von Baden (AG) gewählt. Selbst die «Jerusalem Post» berichtete über Müllers Triumph. Der Grund: Der grüne Nationalrat hatte die Politik Israels mit demjenigen Nazi-Deutschlands verglichen; ausserdem hatte er vor einem Jahr drei Vertreter der islamistischen Hamas im Bundeshaus empfangen – Mitglieder einer Organisation, die dem jüdischen Staat das Existenzrecht abspricht.

Der deutsche Journalist Henryk M. Broder beschäftigt sich seit Langem mit dem europäischen Antisemitismus. Heute Abend diskutiert er in Basel mit BaZ-Redaktor Dominik Feusi, einem der profiliertesten Kritiker Müllers.

BaZ: Herr Broder, hat die Schweiz ein Antisemitismus-Problem?

Henryk M. Broder: Die Schweiz hat das gleiche Problem wie alle Länder Europas. Ich weiss nicht, ob Geri Müller gewählt wurde, weil er ein Antisemit ist oder obwohl er einer ist. Dass er gewählt wurde, ist peinlich genug. Doch im Grunde ist seine Wahl nur ein Kollateralschaden einer demokratischen Gemeindeverfassung.

Also ist alles gar nicht so schlimm?

Ich weiss nicht viel über die Schweiz, aber ich denke, dass die Schweizer eine sehr sympathische Mischung aus bürgerlichen und anarchischen Elementen in sich tragen. Es gibt wohl nur zwei Länder in Europa, in denen der Faschismus nie eine Chance hätte, nämlich Island und die Schweiz. Das heisst aber nicht, dass es dort keine antisemitischen Skandale gäbe. Neulich war ich in Zürich und sah auf dem Bahnhof ein riesiges Plakat, auf dem Israel die Unterdrückung der Palästinenser vorgeworfen wurde. Als ob ausgerechnet dies das grösste Problem der Schweiz wäre.

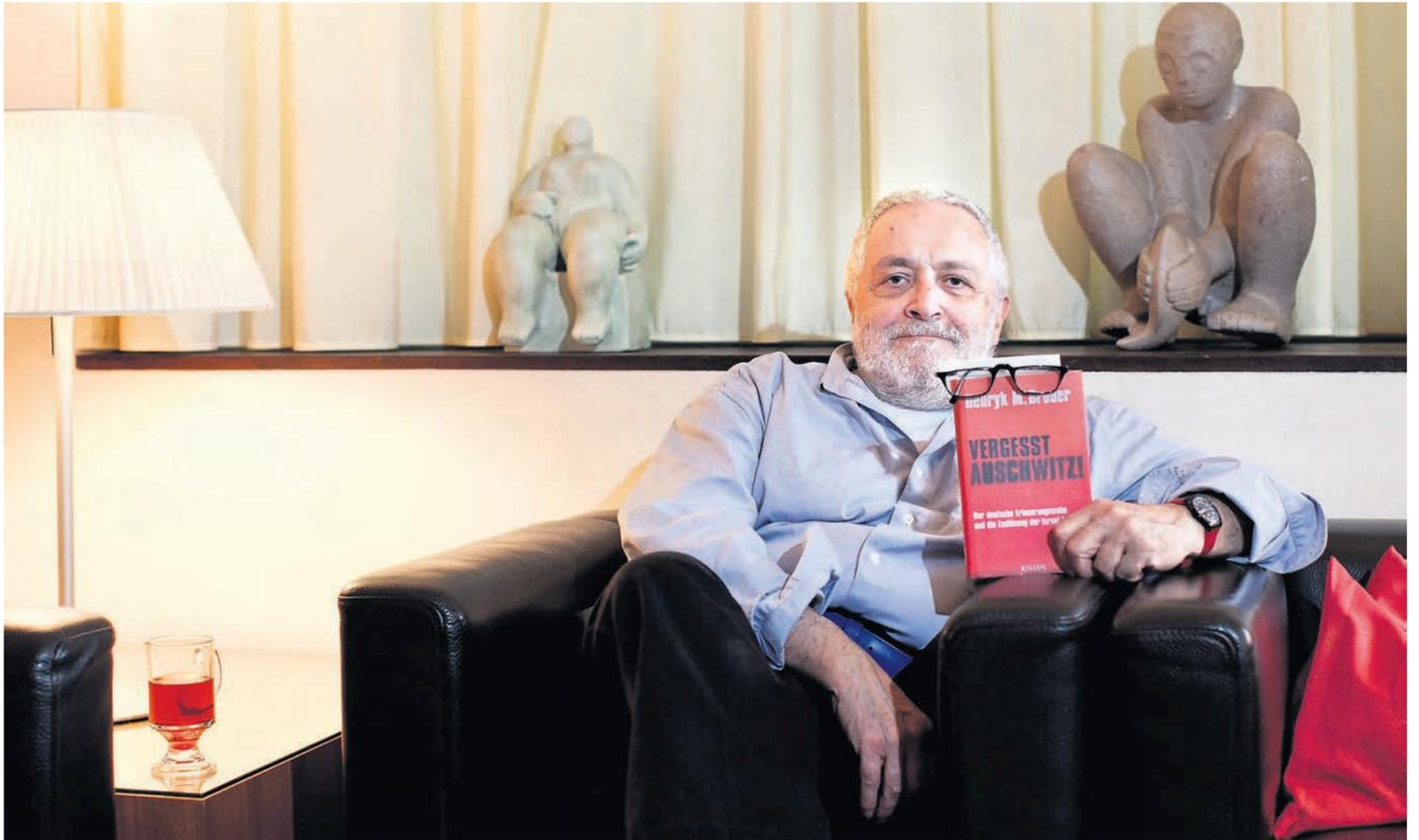
«Der Antisemitismus ist ja kein Vorurteil, denn Vorurteile kann man ausräumen.»

Müller selbst sagt, er kritisiere doch nur Israel, sei aber kein Antisemit.

Das sind Ausflüchte, so wie jeder Pädophile sagt, er liebe Kinder. Warum aber gibt es nur zwei Arten von «Kritikern», die in Verbindung mit einem bestimmten Land daherkommen, nämlich «Israelkritiker» und «Amerikakritiker»? Ich habe noch nie einen «Somaliakritiker» getroffen. All das zeigt doch, dass wir es hier mit faulen Ausreden zu tun haben. Die eigene Obsession wird in das Kleid einer Kritik gehüllt.

Woher kommt diese Obsession?

Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex hat einmal gesagt, den Holocaust



«Was der Jude auch macht, es ist immer verkehrt.» Henryk M. Broder bezweifelt, dass der europäische Antisemitismus jemals verschwinden wird. Foto Kostas Maros

würden die Deutschen den Juden nie verzeihen. Leider hat er diesen Satz auf Deutschland reduziert, denn eigentlich trifft er auf jedes europäische Land mehr oder weniger zu: Das Nicht-verzeihen-Können den Juden gegenüber ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Welches Problem die Schweizer mit den Juden haben, weiss ich nicht. Vielleicht nehmen sie es sich selbst übel, dass sie während des Zweiten Weltkriegs so vielen Juden Zuflucht geboten haben.

Wird der europäische Antisemitismus je verschwinden?

Der Antisemitismus ist eine anthropologische Konstante des europäischen Charakters. Mittlerweile halte ich ihn für eine psychotische Erkrankung, übrigens eine, die selbst Juden befallen kann. Abgesehen davon ist er seit 2000 Jahren eine der Säulen der europäischen Kultur. So etwas kann man nicht innerhalb von ein oder zwei Generationen aus der Welt schaffen. Vielleicht wird man den Antisemitismus überhaupt nie aus der Welt schaffen können. Einige meiner katholischen Freunde halten ihn sogar für einen Gottesbeweis.

Warum das?

Gott hat das jüdische Volk auserwählt. Die Tatsache, dass die Juden immer noch als Objekte von Hass, Missgunst und Gewalt auserkoren

werden, zeigt, dass diese göttliche Entscheidung noch immer in Kraft ist.

Und diese Erklärung überzeugt Sie?

Sie ist für einen säkularen Menschen wie mich in der Tat nur schwer nachvollziehbar. Aber sämtliche andere Erklärungsversuche sind gescheitert. Der Antisemitismus ist ja kein Vorurteil, denn Vorurteile kann man ausräumen. Ich hielt die Schotten früher einmal für geizig, aber dann haben mich einige Schotten eines besseren belehrt. Der Antisemitismus ist dagegen ein Ressentiment, das dem Gegenstand des Ressentiments gar keine Chance gibt: Der reiche Jude wird als Ausbeuter gehasst, der arme Jude als Parasit. Dem klugen Juden wirft man vor, er spiele seine Überlegenheit aus; der dumme Jude wird verachtet, weil er zu intellektuellen Leistungen unfähig ist. Was der Jude auch macht, es ist immer verkehrt.

Wer Leute wie Geri Müller oder den deutschen Journalisten Jakob Augstein Antisemiten nenne, banalisieren den Holocaust, ist ein Argument, das man verschiedentlich hört ...

Als ob es vor oder nach dem Dritten Reich keinen Antisemitismus gegeben hätte. Wenn man natürlich die sechs Millionen Opfer des Holocaust zum Massstab nimmt, fällt alles andere darunter. Ein anderes Argument, das auch oft kommt, lautet, wenn

man Leute wie Müller oder Augstein Antisemiten nenne, bleibe für den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad keine Kategorie mehr übrig.

Welche Absicht steckt hinter einer solchen Argumentation?

Man will das Bild des Antisemiten sauber halten. Allenfalls Skinheads und Neo-Nazis sollen als Antisemiten bezeichnet werden. Gleichzeitig beklagen aber dieselben Leute, die so argumentieren, der Antisemitismus sei «in der Mitte der Gesellschaft» angekommen. Wenn man dann aber jemanden aus der Mitte der Gesellschaft – jemanden wie Müller oder Augstein also – als Antisemiten outet, heisst es, der Antisemitismus sei doch nur ein marginales Phänomen, das lediglich unter Rechtsextremen gedeihe. Eine sehr inkohärente Haltung.

Sie haben den Antisemitismus der Linken thematisiert wie nur wenige. Lange hat das deutsche Feuilleton das Phänomen nicht ernst genommen, doch nun wird allenthalben über ein neues Buch von Wolfgang Kraushaar debattiert, das den linken, antisemitischen Terror der 1970er-Jahre thematisiert. Hören Sie das Eis brechen?

Nein, denn all diese Debatten führen zu nichts. Vor wenigen Monaten hatten wir die Debatte über die Äusserungen von Jakob Augstein, im März hatten wir die Debatte über das an-

ti-israelische Gedicht von Günter Grass. Jedes Mal sagte ich: Ihr dürft alles kritisieren, aber ich erlaube mir auch, die Kritiker zu kritisieren. Geändert hat sich nichts. Schauen Sie: Nächste Woche findet in Stuttgart eine Palästina-Konferenz statt. Eine Syrien-Konferenz veranstaltet dagegen niemand, dabei sind in Syrien schon jetzt mehr Menschen vertrieben worden als während des israelisch-arabischen Krieges 1948/1949. Inzwischen hat der Krieg dort über 60 000 Tote gefordert, das sind mehr als in sämtlichen israelisch-arabischen Kriegen zusammen.

In jüngster Zeit werden Juden in Westeuropa immer häufiger angegriffen, sowohl physisch als auch verbal. Hat jüdisches Leben in Europa eine Zukunft?

Mir ist das egal, ich bin 66 Jahre alt. Wenn ich allerdings jung wäre, würde ich meine Koffer packen und nach Neuseeland auswandern. Andererseits: Den Juden wurde immer wieder das Ende vorausgesagt. Dass ein kleines Volk von 13 Millionen die Welt dermassen beschäftigt, finde ich schon bemerkenswert. Im Grunde genommen gefällt es mir, Teil einer so winzigen Gemeinde zu sein, die dennoch die ganze Welt in Atem hält.

Henryk M. Broder diskutiert heute Dienstag um 19 Uhr im Basler Hotel Merian, Rheingasse 2, mit BaZ-Redaktor Dominik Feusi.

Schweiz zahlt weniger für arbeitslose Grenzgänger

Neue Regelung führt zu geringeren Kosten als angenommen

Bern. Die Schweiz zahlt weniger für arbeitslose Grenzgänger, als zunächst wegen einer neuen Regelung mit der Europäischen Union vorgesehen war. Wie Bundesrat Johann Schneider-Ammann gestern in der Fragestunde des Nationalrats sagte, kostete die neue Regelung in drei Monaten vier Millionen Franken.

Ursprünglich war das Wirtschaftsdepartement (WBF) in einem Bericht an die Ausserpolitischen Kommissionen von 150 Millionen Franken im Jahr ausgegangen, sagte der Volkswirtschaftsminister auf eine Frage des St. Galler SVP-Nationalrats Lukas Reimann.

Seit April 2012 beteiligt sich die Schweiz aufgrund einer neuen Regelung an den Arbeitslosenentschädigungen von Grenzgängern, die zuvor im Land gearbeitet haben. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit wurde entsprechend geändert. Vorher erhob der Staat, in dem die

Grenzgänger arbeiteten, die Beiträge; der Wohnstaat richtete die geleisteten Bezüge aus.

150 statt 240 Millionen Franken

Die neue Regelung sieht vor, dass die Schweiz drei Monate lang für die Bezüge aufkommt, wenn arbeitslose Grenzgänger weniger als ein Jahr in der Schweiz gearbeitet haben. Bei über einem Jahr Beschäftigung beträgt die Beitragsdauer fünf Monate. Für Grenzgänger aus der Schweiz gilt dieselbe Regelung.

2011 ging der Bundesrat von 150 Millionen Franken Kosten im neuen Regime aus. Aufgrund der bisher in Rechnung gestellten Kosten dürfte der Betrag geringer ausfallen, sagte Schneider-Ammann. Das vorherige System sei deutlich teurer gewesen. Zwischen 2002 und 2009 habe die Schweiz rund 240 Millionen Franken im Jahr aufgewendet. SDA

Erben und Raucher sollen höhere Rente finanzieren

AHVplus-Initiative bringt 3,6 Milliarden Mehrkosten

Bern. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) startet heute die Unterschriftensammlung für die Initiative «AHVplus». Das Volksbegehren fordert eine Erhöhung der Altersrenten um zehn Prozent. Der SGB rechnet dafür mit Zusatzkosten von 3,6 Milliarden Franken. Gedeckt werden sollen diese Kosten zum einen durch die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer, wie SGB-Präsident Paul Rechsteiner gestern an einer Medienkonferenz sagte. Diese Steuer soll zwei Milliarden Franken bringen. Zudem schlägt er vor, die Tabaksteuer direkt in die AHV fliessen zu lassen – ohne Umweg über die Bundeskasse. Davon erhofft sich der SGB nochmals 2,2 Milliarden Franken.

Die Initiative soll die monatliche Rente von Alleinstehenden um durchschnittlich 200 Franken anheben. Ehepaare hätten gemäss den Berechnungen des SGB 350 Franken mehr zur Verfügung. Unterstützt wird die Initiative

von anderen Gewerkschaften, der SP, den Grünen, Lehrerverbänden und Rentnerorganisationen. Der Verband der Älteren, Invaliden, Witwen und Waisen (Avivo) etwa setzt sich für die Vorlage ein, «weil die Renten und die Beitragssätze seit 1975 nicht mehr erhöht wurden», wie Präsidentin Christiane Jaquet-Berger erklärte. Zwei von zehn Rentnerinnen und Rentnern müssten sich heutzutage mit einem Monatseinkommen durchschlagen, das inklusive 2. Säule unter 2550 Franken liege. Auch die AHV-Maximalrente von 2320 Franken reiche oft nicht zum Leben aus.

Von einer Erhöhung der Altersrenten würden insbesondere auch die Frauen profitieren, sagte die Genfer SP-Nationalrätin Maria Roth Bernasconi. Die Frauen erhielten aufgrund von Mutterschaft und Kinderbetreuung oft nur kleine Pensionskassenrenten, da sich diese einzig an den einbezahlten Lohnbeiträgen orientierten. SDA

Makler auf Kundenfang

Lockmittel Prämienzahlungen

Bern/Basel. Der Krankenkassenverband Santésuisse warnt die Bevölkerung vor «unseriösen» Maklern und Vermittlern, die derzeit Versicherte unter falschem Vorwand telefonisch beschlügen. Besonders aus der Nordostschweiz seien diesbezügliche Beschwerden von Kunden eingegangen.

Die Anrufer nutzen gezielt den aktuellen Prämienstreit unter den Kantonen aus, erklärte Santésuisse gestern. Gewisse Makler träten mit Bezeichnungen auf, die offiziellen Behördenstellen gleichen. Mit dem Argument bevorstehender Rückzahlungen von «zu viel bezahlten» Krankenkassenprämien gingen die Makler «auf Kundenfang». Der Krankenkassenverband mahnt die Krankenversicherten in der Schweiz zur Vorsicht bei derartigen Telefonanrufen: Die Krankenkassen selber würden die betroffenen Versicherten rechtzeitig über nachträgliche Prämienkorrekturen informieren. SDA